

Bürgermeister Dr. Storch trägt einen umfangreichen Sachstandsbericht zur Situation der Flüchtlinge in Eitorf vor. Der Bericht ist als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt.

Während des Berichtes werden kurz einige Fotos gezeigt von Räumen, die in der Unterkunft Uferstr. 7 inzwischen saniert wurden.

Im Anschluss ergibt sich eine ausführliche Aussprache, an der sich alle Fraktionen beteiligen.

Frau Zorlu bezieht sich auf das am vergangenen Wochenende durchgeführte Fest der Internationalen Begegnung. Sie kritisiert den Bürgermeister. Es gehöre zur Willkommenskultur, die in Eitorf lebenden Flüchtlinge gerade an einem solchen Anlass zu begrüßen. Dies habe er zwar gemacht – allerdings nicht in seiner Eröffnungsrede, sondern erst etwas später nach besonderer Aufforderung. Außerdem habe sie eine besondere Einladung an die Asylsuchenden zum Fest vermisst. Flüchtlinge hätten allenfalls „am Rande“ gesessen und das Fest beobachtet. Die Werbeplakate und Veröffentlichungen hierzu seien in der Regel von der Klientel nicht zu lesen. Die Kritik betreffe nicht die Mitarbeiter des zuständigen Amtes, die mit der Organisation des Festes viel Arbeit gehabt hätten.

Des Weiteren kritisiert sie, dass ehrenamtliche Helfer, die öffentliche Kritik ausübten und dies auch der Presse kommuniziert hätten, von Mitarbeitern der Verwaltung massiv unter Druck gesetzt würden.

Der Bürgermeister stellt klar, dass ihm dies nicht bekannt sei. Herr Pohl fügt hinzu, dass dies definitiv kein Mitarbeiter des Sozialamtes gewesen sei.

Frau Zorlu hebt außerdem die gut funktionierende ehrenamtliche Hilfe hervor. Allerdings müssten wichtige Dinge, wie z.B. die Möglichkeit der Patenschaften, breiter öffentlich kommuniziert werden. Die Bürger müssten wissen, wie sie helfen können und an wen sie sich wenden müssten.

Vor fünf Wochen habe die SPD-Fraktion einen Antrag in Bezug auf Räumlichkeiten für Spenden gestellt. Es gehe ausschließlich um den Raum, die Spenden würden von ehrenamtlichen Helfern koordiniert. Es gehe nicht um Möbelspenden, aber von Sachspenden und Kleidung. Es sei Eile geboten und man könne nicht auf den Fachausschuss warten.

Der Bürgermeister geht zunächst auf den letztgenannten Punkt ein und macht deutlich, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehe. Es bedürfe einer entsprechenden Vorbereitung. Am Ende müsse etwas Hilfreiches herauskommen. Die Vorbereitung erfolge sorgfältig, die Beratung im Fachausschuss.

Anschließend geht er auf den gewünschten offensiven Umgang mit Patenschaften ein und erinnert daran, wie das Projekt mit Frau Schneider und Frau Henschel ins Leben gerufen wurde. Man sei sich einig gewesen, die Zahl der Paten durch gezieltes Ansprechen „organisch wachsen zu lassen“. Er selber habe am Runden Tisch am 26.1.15 teilgenommen. Dort sei diese Vorgehensweise bestätigt worden, die sich bisher auch weitestgehend bewährt habe. Auf ausdrücklichen Wunsch einer Patin sei er von dieser Vorgehensweise abgerückt und habe beim Fest der Internationalen Begegnung zu Patenschaften aufgerufen und rufe auch jetzt in öffentlicher Sitzung auf, sich zu Patenschaften zu melden.

In Bezug auf das Fest verweist der Bürgermeister auf die üblichen Wege der Einladung, sei es über Presseberichterstattung, Plakate und Internet. Somit seien alle zum Fest eingeladen worden und niemand sei daran gehindert worden, diese Einladung der Gemeinde bzw. des Bürgermeisters weiterzutragen. Er selber habe am Rande des Festes eine syrische Familie zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Dies müsse er nicht publizieren und Presserummel brauche er deshalb auch nicht.

Herr Meeser bedankt sich für den Bericht. Ihm sei nicht bekannt gewesen, dass soviel gemacht werde. Allerdings sollte man dies auch öffentlich machen. Er regt an, auf der Internetseite eine eigene Rubrik einzurichten und über die Flüchtlingssituation und Hilfsmöglichkeiten zu berichten.

Herr Dr. Finke erklärt, dass in der Bevölkerung unklar sei, was die Gemeinde überhaupt mache, und dass es überhaupt in Eitorf Flüchtlinge gebe. Er geht noch einmal auf die Podiumsdiskussion der Bürgermeisterkandidaten in der vergangenen Woche ein. Mit Ausnahme von Dr. Storch hätten alle BM-Kandidaten sich auch bereit erklärt, die Flüchtlingunterkünfte in der Uferstraße zu besichtigen. Man habe

mit der vorschlagenden Dame einen Termin vereinbaren wollen. Diese hätte dann gesagt, es sei ihr verboten, die Gebäude zu betreten. Er stellt die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein BM-Kandidat oder ein RM die Unterkunft besichtigen kann.

Herr Pohl erklärt, dass besagter Dame erklärt wurde, dass die Besichtigung der Räume bzw. deren Koordination nicht deren Aufgabe, sondern Aufgabe der Gemeinde sei. Außerdem sei eine gewisse Sensibilität gefordert. Es gehe schließlich um Menschen.

Herr Moreira möchte im Namen der UWG der Verwaltung für die Bemühungen bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik danken. In Bezug auf das Fest der Internationalen Begegnung könne er einige von Frau Zorlu geäußerte Vorwürfe so nicht stehen lassen. Würden Eitorfer und Gäste begrüßt, seien damit alle gemeint. Er sei froh, dass die UWG eine unabhängige Position einnimmt, denn offensichtlich gehe es hier um Wahlkampf.

Frau Sauer macht deutlich, dass im JISS in öffentlicher Sitzung bei Anwesenheit aller Parteien über die Arbeit der Gemeinde und der Paten berichtet wurde. Offensichtlich seien diese Informationen an die eigenen Parteimitglieder nicht weitergegeben wurden. Außerdem schildert sie frühere Kontakte mit Amtsleiterin Schneider, bei der es auch um die Frage ging, ob man an die Öffentlichkeit herantrete oder nicht. Hierbei hätten sich mit Blick auf rechte Tendenzen gute Gründe ergeben, zunächst „im Stillen“ aktiv zu sein.

Herr Droppelmann findet die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen vorbildlich. Unkoordinierte Spendensammlungen seien nicht zielführend. Besser wären gezielte Fragestellungen nach Dingen, die wirklich benötigt werden. Im Übrigen appelliert er an die Privatsphäre der Flüchtlinge. Vor diesem Hintergrund sei auch die fotografische Darstellung von Wohnräumen schon fragwürdig. Es sei zwar notwendig, sich mit der Flüchtlingsproblematik auseinanderzusetzen, aber es helfe keinem, die Situation unnötig zu dramatisieren und sie am Ende wie im Zoo zu besichtigen.

Herr Strausfeld bedankt sich bei Herrn Neulen und seinem Team beim Ordnungsamt für die Vorbereitung des Festes der Internationalen Begegnung. Unter Bezugnahme auf die Wortmeldung von Frau Sauer erklärt er, dass in der CDU-Fraktion die Thematik bekannt und diskutiert worden sei. Am vergangenen Freitag hätte man eine sehr kompetent besetzte Podiumsveranstaltung gehabt. Dabei sei ihm die ganze Problematik erstmals in ihrer gesamten Ausprägung bewusst geworden. Eine sehr interessante Aussage habe es zum oftmals zu hörenden Zitat „die haben ja alle Handys“ gegeben. Dabei werde vergessen, dass dies oft die einzige soziale Verbindung zu ihrem Heimatland sei. Er wünsche sich, dass sich der Integrationsrat mit der Thematik beschäftige. Dabei richtet er die Bitte an Herrn Pohl, einmal zu prüfen, inwieweit dem I-Rat Einblick zu gewähren ist.

Herr Jüdes stellt klar, dass man nicht das Fest der Internationalen Begegnung angegreifen wollen. Er meint, man habe jedoch anlässlich dieses Ereignisses das Thema besser aufgreifen können, z.B. mit einer Begrüßung in mehreren Sprachen o.ä. Insbesondere hätte dies auch zu einem positiven medialen Echo geführt. Auf mögliche rechte Tendenzen eingehend, attestiert er eine Einigkeit aller, auf diese keinerlei Rücksicht zu nehmen.

Herr Thienel geht auf die Bericht des Bürgermeisters genannten Gesamtkosten ein und fragt, ob die ebenfalls genannten Renovierungskosten in Höhe von ca. 82.000 Euro darin enthalten seien. Desweiteren geht er auf die gezeigten Fotos ein. Die Sanierungen seien zwar gut, gleichwohl gehe es aber auch um den Gesamteindruck in der für jedermann zugänglichen Uferstraße. Diesbezüglich verweist er auf den Gebäudezustand und herumstehende Möbel etc.

Anmerkung der Verwaltung:

*Diese Kosten sind im genannten Gesamtvolumen nicht enthalten.*

Herr A. Finke bezieht sich auf die Gespräche zwischen Frau Schneider und Frau Sauer. Seinerzeit habe man 40 bis 50 Flüchtlinge gehabt. Allerdings sei die Situation nun anders. Eine Besichtigung müsse nicht nur als „Zoo“ bewertet werden, sondern könne durchaus auch als „begrüßen“ zu verstehen sein. Schließlich gehe es um eine Frage der Mentalität und eine auch öffentlich dokumentierte

Willkommenskultur. Es stelle sich die Frage, ob das, was in Hennef geschehe, auch auf Eitorf zukommen könne.

Nach derzeitiger Sachlage, so zitiert der Bürgermeister den Innenminister, sei in absehbarer Zeit bei Kommunen unter 40.000 Einwohner nicht damit zu rechnen, dass man Erstaufnahmelager werde.

Herr Droppelmann erinnert an die Nachkriegszeit und macht deutlich, wie es seinerzeit möglich war, unzählige Flüchtlinge aufzunehmen.

Der Bürgermeister verweist aber auf die heute bestehenden gesetzlichen bzw. bürokratischen Hindernisse.

Aus Reihen der Zuschauer ergeben sich seitens eines Einwohners laute Zwischenrufe.

Der Bürgermeister mahnt den Einwohner zur Ruhe und verweist auf die Regularien des Sitzungsablaufs.

Auf Frage von Herrn Meeser nach einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit erklärt der Bürgermeister, dass man alle heute vorgetragenen Anregungen und Vorschläge eingehen und diese prüfe. Im Grunde sei aber schon durch diese öffentliche Sitzung vieles gesagt worden. Ihm gehe es darum, mit die betroffenen Menschen möglichst normal umzugehen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, zu uns zu gehören.

Frau Pipke beklagt ebenfalls die fehlenden Abgabemöglichkeiten für Sachspenden. Sie habe bereits Sachen bei der Nachbargemeinde Windeck abgegeben.

Auf Anmerkung des Bürgermeisters, dass er bereits zuvor die Kooperationspartner CDU-Kleiderstube und SKM genannt habe, bittet Frau Pipke, dies auch an die Information im Rathaus weiterzugeben.

Der Bürgermeister lässt nach der ausführlichen Aussprache über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.